

**Presseinformation, Ressort: Berlin/Flüchtlinge**

## **"Wohnungen für alle! Schluss mit der Lagerunterbringung für Flüchtlinge!"**

**Unter diesem Motto ruft das Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg mit breiter Unterstützung vieler antirassistischer Gruppen auf zur Demonstration am**

**Dienstag, 16. November 2010, 14.00 Uhr,**

**Start am Checkpoint Charlie,**

**Abschlusskundgebung vor der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales**

Für Flüchtlinge wird es immer schwieriger, eine Wohnung in Berlin zu finden. Es gibt kaum noch Wohnungen, die den strengen Mietobergrenzen des Sozialamts entsprechen und falls sie doch eine Wohnung finden, ist eine Kautions fällig – und die übernimmt das Sozialamt nur in Ausnahmefällen.

Die Sozialsenatorin Carola Bluhm gibt zwar vor, an dem Ziel festzuhalten, alle Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen (vgl. Pressemitteilung der Senatorin vom 27.10.2010<sup>1</sup>). Doch anstatt alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben in normalen Wohnungen zu ermöglichen, eröffnet der Berliner Senat neue Lager und bringt immer mehr Flüchtlinge dort unter.

"Vage Absichtserklärungen genügen uns nicht" kommentiert Thorsten Schmidt, Sprecher des 'Bündnis gegen Lager' die kürzlich veröffentlichte Pressemitteilung der Senatorin. "Wir wissen aus Gesprächen mit Flüchtlingen, wie schwer es ihnen gemacht wird, eine Wohnung zu finden. Wenn Frau Bluhm schon erkannt hat, dass billiger Wohnraum in Berlin immer knapper wird, warum werden dann die völlig unrealistischen Mietobergrenzen nicht hoch gesetzt?"

Das Bündnis gegen Lager wird deshalb am kommenden Dienstag zur Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales ziehen und der Senatorin einen Katalog mit folgenden, ganz konkreten Forderungen überreichen:

- Keine neuen Lager in Berlin, Schließung aller bestehenden Lager.
- Mietobergrenzen für EmpfängerInnen von ALG II und AsylbLG an die Marktrealitäten anpassen.
- Mietkautionen grundsätzlich auch für Flüchtlinge übernehmen.
- Ein geschütztes Marktsegment zusätzlich für Flüchtlinge.
- Endlich Unterstützung vom Amt bei der Wohnungssuche (z.B. durch konkrete Hilfe in den zahllosen Fällen verdeckter und offener Diskriminierung von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt, durch Vorab-Ausstellen eines Mietübernahmebescheids usw.).
- Mietkostenübernahme für alle Flüchtlinge (auch für EmpfängerInnen von reduzierten Leistungen nach §1a AsylbLG)

"Wir haben ein Recht auf Wohnungen. Lager machen uns krank", erklärt Bruno Watara, Sprecher der Flüchtlingsaktivisten/innen, die sich im Bündnis gegen Lager engagieren. "Und Lager entmündigen uns", so Watara weiter. "Wer im Lager lebt, darf nichts selbst entscheiden, nicht mit wem er sein Zimmer, seine Küche, seine Toilette und seine Dusche teilt, nicht wann er kocht und seine Wäsche wäscht, nicht ob und wann er von wem Besuch bekommt."

Deshalb fordert das Bündnis gegen Lager: **"Wohnungen für alle! Schluss mit der Lagerunterbringung für Flüchtlinge!"**

**Für Fragen oder Interviewwünsche stehen wir gerne zur Verfügung unter**

**[buendnis\\_gegen\\_lager@riseup.net](mailto:buendnis_gegen_lager@riseup.net) (Thorsten Schmidt ) oder telefonisch unter 0151 50373685 (Bruno Watara)**

Mehr über das Bündnis gegen Lager finden Sie unter: <http://bglbb.blogspot.de/>

<sup>1</sup> <http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2010/10/27/316289/index.html>